

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Integrationsrates
am Mittwoch, **20.06.2012**, 18:00 Uhr - 20:40 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Hüseyin Avlar , Joachim Bruns , Mehmet Akif Cetinkaya , Yildirim Eroglu , Sylvie Eschkotte ,
Dr. Diraid Ibrahim , Christoph Kattentidt (Ersatz für Frau Prof. Hasenjürgen),
Manfred Kehr , Türkan Kurt , Felix Ruben Manrique Barrera , Spyridon-Paul Marinos , Franzis-
kus-Pius Graf von Merveldt , Hoang Ngan Nguyen , Musa Mohammad Omar , Ahmet Özdemir ,
Pascal Powroznik , Deler Saber , Petra Seyfferth , Kakha Tandilashvili , Dr. Georgios Tsakalidis,
Robert von Olberg , Peter Wolfgarten , Sandra Wübken, Dr. Ömer Lütfü Yavuz

von der Verwaltung

Jochen Köhnke

für die Schriftführung

Susanne Jostameling

Es fehlten:

Robert Fraude , Aynur Küçük , Antonio Machado da Silva , Ahmet Yesilyaprak

nichtöffentlicher Sitzungsteil Es fand kein nicht-öffentlicher Sitzungsteil statt.

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|------|--|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 2. | Berichte |
| | 2.1. | Mündliche Vorstellung eines Verfahrens zur Erhebung von Beschäftigten mit Migrationsvorgeschichte zur Vorlage V/0114/2012 |
| <u>V/0121/2012</u>
V | 2.2. | Bericht über die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2010 und 2011 |
| <u>V/0392/2012</u>
V | 2.3. | Pflegebericht 2012 |
| <u>V/0264/2012</u>
V | 2.4. | Geschäftsbericht 2011 des Sozialamtes |
| | 3. | Entscheidungen |
| <u>V/0422/2012</u>
OB | 3.1. | Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. und der Ratsgruppe UWG/ÖDP an den Rat Nr. A-R/0051/2010
"Ort der Kulturen und Religionen der Welt" |
| <u>V/0511/2012</u>
V | 3.2. | Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten |
| | 3.3. | Vorschlag des Integrationsrates zur dezentralen Kursstruktur der VHS (Antrag von H. Kehr aus der Sitzung am 30.05.) |
| <u>V/0519/2012</u>
OB | 3.4. | Benennung von Mitgliedern für den Beirat der Justizvollzugsanstalt |
| | 3.5. | Besetzung weiterer Ausschüsse |
| | 4. | Berichte aus den Ausschüssen |
| | 5. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Marinos begrüßte die Anwesenden. Frau Wübken beantragte die Vorlage V/0422 aus 2012 zu vertagen. Herr Powroznik beantragte die Vorlage zu diskutieren und darüber zu befinden.

Mehrheitlich wurde beschlossen, die Vorlage auf der Tagesordnung zu belassen und über den Beschlussvorschlag zu befinden.

Zu diesem Tagesordnungspunkt teilte Herr Köhnke mit:

Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten

- Anfrage des Landesintegrationsrates, ob es in den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in Münster, Beraterinnen mit Migrationsvorgeschichte gibt. Rückmeldung dazu aus dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien: bekannt ist nur eine Mitarbeiterin mit Migrationsvorgeschichte, die in der Schwangerschaftskonfliktberatung im Stadtgebiet Münster tätig ist beim Sozialdienst kath. Frauen e. V. Münster
- Entwurf des Terminplans der Sitzungen des Integrationsrates 2013 liegt vor: der Entwurf sieht Sitzungen des Integrationsrates vor am: 09.01.2013; 13.02.2013; 06.03.2013; 24.04.2013; 22.05.2013; 05.06.2013; 03.07.2013; 11.09.2013; 09.10.2013; 06.11.2013; 04.12.2013 Änderungswünsche sind bis zum 15.07.2012 an das Amt des Rates und des Oberbürgermeisters zu melden
- Einige Ansichtsexemplare des Flyers „Internationale Unternehmen eine Chance für Münster“

Allgemeines

Innenminister Jäger sieht bundesweit neue Dimension der Salafisten-Gewalt "Entsetzt über verletzte Polizisten in Bonn - Rechtsextremisten provozierten gezielt mit islamfeindlichen Karikaturen"

Pressemitteilung des Innenministeriums, 8. Mai 2012

Als "neue Dimension" hat Innenminister Ralf Jäger heute (6.5.) die gezielte Gewalt von fanatischen Salafisten in Bonn bezeichnet. Er kündigte harte Konsequenzen an. "Das waren keine spontanen Angriffe. Für Bonn hat es erstmals eine intensive bundesweite Mobilisierung von gewaltbereiten Salafisten gegeben, die deutlich über das bislang bekannte Maß hinaus ging", stellte Jäger fest.

Nächster Schlag gegen Neonazis - Innenminister Jäger verbietet Kölner Kameradschaft

Pressemitteilung des Innenministeriums, 10. Mai 2012

Die NRW-Polizei geht weiter entschlossen gegen Neonazis vor. Innenminister Ralf Jäger hat heute (10.5.) die "Kameradschaft Walter Spangenberg" in Köln verboten und aufgelöst. Deren Mitglieder glorifizieren den verbrecherischen Nationalsozialismus, lehnen unsere Rechtsordnung ab und wollen ein viertes großdeutsches Reich.

Kindereinträge im Reisepass der Eltern ab dem 26. Juni 2012 ungültig

Pressemitteilung des Bundesministeriums des Inneren, 20. März 2012

Aufgrund europäischer Vorgaben ergibt sich im deutschen Passrecht eine wichtige Änderung: Ab dem 26. Juni 2012 sind Kindereinträge im Reisepass der Eltern ungültig und berechtigen das Kind nicht mehr zum Grenzübertritt. Somit müssen ab diesem Tag alle Kinder (ab Geburt) bei Reisen ins Ausland über ein eigenes Reisedokument verfügen. Für die Eltern als Passinhaber

ber bleibt das Dokument dagegen uneingeschränkt gültig.

Anerkennung in Deutschland

Internetportal

„Anerkennung in Deutschland“ ist das neue Informationsportal zum Anerkennungsgesetz des Bundes. Das Portal informiert aktuell über die rechtlichen Grundlagen und Verfahren der beruflichen Anerkennung. Wenn Sie einen im Ausland erworbenen Berufsabschluss anerkennen lassen möchten, dann finden Sie hier die Stelle, die für Ihr Anliegen zuständig ist.

<http://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/index.php>

Integrationsstrukturen auf dem Prüfstand: SVR kritisiert unzureichend koordinierte Integrationspolitik im deutschen Föderalismus

Pressemitteilung des Sachverständigenrates, 8. Mai 2012

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) kritisiert im Jahresgutachten 2012 das Neben- und Gegeneinander von Bund, Ländern und Kommunen in der Integrationspolitik. Dringend erforderlich: bessere Koordination, Kooperation und Vernetzung; Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich; bessere Ausrichtung der integrationspolitischen Zuständigkeiten auf der Bundesebene. Gesamtbewertung: föderale Strukturen in der Integrationspolitik bedingt tauglich; Integrationsbarometer: Integrationsklima in Deutschland, trotz aufgeregter Debatten, anhaltend positiv.

Integrationsminister Schneider: Der Bund kann in der Integrationsarbeit von NRW lernen

Pressemitteilung des Integrationsministeriums, 8. Mai 2012

NRW-Integrationsminister Guntram Schneider fühlt sich durch das heute vorgestellte Jahresgutachten 2012 des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) bestätigt. Dieses unterstreicht den hohen Stellenwert kommunaler Integrationspolitik für das Gelingen von Integration und den Zusammenhalt in der Gesellschaft und kritisiert den oft vorhandenen unkoordinierten Wildwuchs integrationspolitischer Einzelmaßnahmen.

Herr Marinos begrüßte Herrn Kattentiedt als zukünftig neues Mitglied im Integrationsrat.

Er lobte die Gründung des Verbandes Internationaler Unternehmen mit 6 verschiedenen Nationalitäten im Vorstand.

Die Bilder des Flyers hätten einige erstaunt, so Herr Marinos.

Deutschland hat einseitig das Sozialfürsorgeabkommen mit den EU-Ländern aufgekündigt. Das Amt für Ausländerangelegenheiten in Münster habe aber dennoch eine Möglichkeit gefunden, diesen Menschen zu helfen, so Herr Marinos. Personen aus anderen Städten wie beispielsweise Recklinghausen wenden sich an Herrn Marinos, um rechtliche Beratung/Unterstützung aus Münster zu bekommen.

Herr Marinos engagiert sich für syrische Studentinnen und Studenten, die bedingt durch die politische Lage in Syrien, keine finanzielle Unterstützung von ihren Familien mehr erhalten können und sich vermehrt hilfesuchend an Herrn Marinos gewandt haben. Herr Marinos versucht in Kooperation mit dem Amt für Ausländerangelegenheiten und dem Sozialamt Lösungen zu finden.

Bald wird es eine Benefiz-Veranstaltung des Integrationsrates geben, um einem Mann aus Nepal zu helfen, der in Münster wohnt. In Nepal gibt es für einen Unfallverursacher große Probleme, wenn das Opfer verletzt aber nicht getötet wurde. Im Todesfall lassen die Behörden und die Polizei die Fälle eher auf sich beruhen. Daher ist ein Unfallverursacher in Nepal immer wieder mit seinem Auto über das Opfer gerollt, um ihn zu töten. Er verlor dabei beide Beine, konnte aber überleben, und ihm soll in Münster geholfen werden.

Das ASV –Sommerfest war ein großer Erfolg und endete mit dem gemeinsamen Betrachten eines EM-Fußballspiels.

Herr Marinos sollte mit seiner Frau als binationales Ehepaar (deutsch-griechisch) ein Interview der Medien zu dem bevorstehenden Fußballspiel Deutschland – Griechenland geben. Er hat die Anfrage weitergegeben und den Medien drei andere binationale Ehepaare vermittelt.

Der Tag der Afroperuanischen Kultur (organisiert von Upla e. V.) am 02.06.2012, war sehr gut besucht und hatte ein gutes kulturelles und politisches Rahmenprogramm.

Die Veranstaltung Türkische Kunstmusik des 20. Jahrhunderts, die am 26.05.2012 im Kleinen Haus der Städtischen Bühnen stattfand, hatte eine sehr positive Resonanz.

Das Afrikafestival wurde erfolgreich eröffnet.

Der Türkische Botschafter wurde seitens des Oberbürgermeisters in Münster empfangen. Herr Marinos war ebenfalls eingeladen.

Am 05.06. wurde zum fünften Mal die Coudenhove-Kalergi-Plakette verliehen. Preisträger ist der langjährige Vorsitzende und derzeitige Ehrenvorsitzende des Landesverbands der Europa-Union NRW, Herr Dr. Heinrich Hoffschulte. Herr Dr. Hoffschulte ist seit 1956 Mitglied der Europa-Union und hat sich auf zahlreichen Ebenen für Europa engagiert.

Hauptpreisträger des diesjährigen Nord-Süd-Preis wurde cactus e. V. unter der Leitung von Barbara Kemmler.

Die ganz im Nordosten der Türkei am Schwarzen Meer gelegene Hafenstadt Trabzon ist vor mehr als zweieinhalb Jahrtausenden von griechischen Siedlern gegründet worden. Heute gibt es in dieser Gegend noch etliche Dörfer, in denen noch ein pontisch-griechischer Dialekt gesprochen wird: Dr. Hakan Özkan hat diesen Dialekt untersucht und am 05.06.2012 um 20.15 im Hörsaal F6 des Fürstenberghauses über seine Ergebnisse berichtet. Die Veranstaltung war sehr gut besucht. .

Am 21.06.2012 feiert Marga Spiegel ihren 100. Geburtstag. Es gibt noch Karten für die Feierlichkeiten im Erbdrostenhof.

Es finden bald zwei Ausstellungen in den Räumlichkeiten des Integrationsrates statt. Es handelt sich um Wanderausstellungen von Künstlerinnen aus Georgien und Brasilien, die momentan noch in anderen Städten zu sehen sind.

Herr Marinos hatte ein Gespräch mit H. Paal und Herrn Bierstedt, Leiter des Jobcenters. Sie sprachen über Möglichkeiten die Informationen und Zuständigkeiten des Jobcenters, Menschen mit Migrationsvorgeschichte näher zu bringen. Es soll eine neue Infobroschüre entwickelt und herausgegeben werden.

Herr Marinos bedankte sich bei den Fraktionen für ihre Initiative zur Vorlage 0422/2012. Er be-

dauert die nicht entstandene Zusammenarbeit zur Entwicklung dieser Vorlage, da sowohl die Projekte „Haus der Kulturen“ als auch „Wald der Kulturen“ eine lange Vorgeschichte mit vielen Prozessen innerhalb des Integrationsrates hätten und bei dieser Vorlage hätten berücksichtigt werden müssen.

Herr Marinos bedankte sich auch bei Herrn Dr. Tsakalidis und Herrn Manrique, die als Vertreter des Integrationsrates in den Ausschüssen des Rates gute Beiträge geleistet hätten, damit die Mitglieder der Gremien überzeugt werden konnten, dass in der Sache ein anderer Weg einzuschlagen sei. Der ursprünglich gemeinsame Weg der Architekten mit dem Integrationsrat sei leider alleine von den Architekten weitergeführt worden, so Herr Marinos.

Herr Marinos teilte mit, dass im Jugendhilfeausschuss mitgeteilt wurde, dass es noch 1.000 kostenfreie Nachhilfestunden für Kinder ärmerer Familien gäbe.

Herr Treutler erläuterte die Rahmenbedingungen, die Voraussetzung dafür sind, dass kostenfreie Nachhilfestunden bewilligt werden. Voraussetzung sei ein Leistungsbezug nach SGB II oder Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen oder der Bezug von Kinderzuschlag oder Wohngeld. Darüber hinaus muss die Versetzung gefährdet sein und die Schulpsychologische Beratungsstelle, die in enger Kooperation mit den Schulen arbeitet, in einem Gutachten, den Bedarf bestätigen. Anträge die gestellt werden, beziehen sich immer auf das künftige Schuljahr des Kindes.

Punkt 2 der Tagesordnung

Berichte

Punkt 2.1 der Tagesordnung

Mündliche Vorstellung eines Verfahrens zur Erhebung von Beschäftigten mit Migrationsvorgeschichte zur Vorlage V/0114/2012

Herr Heise berichtete, dass er am 15.02.2012 schon mit Frau Reckfort zur Vorlage V/0114/2012 berichtet habe und dort in Aussicht gestellt hatte, bei weiteren Entwicklungen in der Thematik, erneut im Integrationsrat zu berichten. Der Integrationsrat hatte die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wonach die Anzahl der Beschäftigten mit Migrationsvorgeschichte innerhalb der Stadtverwaltung ermittelt werden kann. Da der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung der Vorlage noch zustimmen musste, konnte mit der Konzeptentwicklung am 13.03.2012 begonnen werden. Problematisch an dem Konzept ist, dass nicht nur ein Konzept für eine einmalige Erhebung gefunden werden muss, sondern diese Erhebung die Basis für ein künftiges Monitoring sein soll.

Die vorhandenen Daten reichen für eine aussagekräftige Aussage zu Beschäftigten mit Migrationsvorgeschichte nicht aus. In einem ersten Schritt wurden daher Konzepte anderer Städte auf Übertragbarkeit hin gesichtet und geprüft. Viele Konzepte sind allerdings nicht geeignet weil davon auszugehen ist, dass diese nicht ganz mit dem Datenschutz konform gehen. Der Datenschutz soll aber in Münster eine zentrale Rolle bekommen, so Herr Heise. Daher wurde Anfang Juni das Gespräch mit der Datenschutzbeauftragten gesucht. Es wurde daraufhin ein erstes Grobkonzept erarbeitet, welches darauf aufbaut, dass das Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Daten zu Beschäftigten ohne Namensangaben erhält. Die Daten werden über eine freiwillige Umfrage bei den Beschäftigten abgefragt und vom Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung ausgewertet und dem Personal- und Organisationsamt zur Verfügung gestellt. So wird eine Datenbank aufgebaut, die für ein Monitoring verwendbar ist.

Dieses Grobkonzept hängt jedoch sehr stark von der Mitarbeit aller Beschäftigten ab. Nur eine große Beteiligung an der Befragung kann nachhaltige Daten zur Gesamtsituation liefern. Die Befragung braucht daher insbesondere die Unterstützung des Integrationsrates. Herr Heise wird daher zum gegebenen Zeitpunkt den Integrationsrat bitten, einen Textbaustein für das An-

schreiben zur Befragung zu liefern. In diesem Jahr wird die Erhebung noch nicht durchgeführt, da bereits eine andere Befragung realisiert wird. Nach der Sommerpause wird Herr Heise mit einer neuen Vorlage zu der anstehenden Befragung im nächsten Jahr, den Integrationsrat erreichen.

Der mündliche Vortrag wurde ohne Nachfragen von den Mitgliedern des Integrationsrates zustimmend zur Kenntnis genommen.

**Punkt 2.2 der Tagesordnung
V/0121/2012**

Bericht über die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2010 und 2011

Herr Schulze Kalthoff berichtete zu dieser Vorlage.

Es gibt eine gesetzliche Pflicht der Gesundheitsämter die schulärztliche Untersuchung durchzuführen. Die Untersuchung erstreckt sich dabei auf den Entwicklungsstand und die allgemeine, gesundheitlich bedingte Leistungsfähigkeit einschließlich der Sinnesorgane des Kindes. Zum letzten Einschuljahrgang für das Schuljahr 2010/2011 wurden 2.405 Kinder untersucht. Die Untersuchung hat eine große Bedeutung für statistische Analysen, da alle Kinder untersucht werden und es sich somit um eine Vollerhebung handelt. Bei Zugrundelegung des Geburtslandes der Mutter sind 28,9 % der Kinder aus zugewanderten Familien. Berücksichtigt man zusätzlich auch die Herkunft des Vaters, so sind knapp 37% der münsterschen Schulanfängerinnen und Schulanfänger Kinder kürzlich zugewanderter Familien. Die Statistik auf Seite 5 zeigt nicht an, bei wie viel Prozent der Familien Vater und Mutter gleichzeitig eine Migrationsvorgeschichte haben. Diese Auswertung wurde seitens des Gremiums angeregt.

In dem Bericht des Gesundheitsamtes befinden sich insgesamt zahlreiche Statistiken die den Anteil von Familien/Kindern mit Migrationsvorgeschichte ausweisen.

Eine Besonderheit von Familien mit Migrationsvorgeschichte ist es, dass die Kinder aus Familien mit Migrationsvorgeschichte zu 91% geimpft seien, während der Impfschutz für Kinder aus Familien ohne Migrationsvorgeschichte zu 86% besteht.

Kinder aus zugewanderten Familien sind seltener bei entsprechenden zahlreichen sportlichen Anregungen zu finden. Schwimmen können 73 % der Kinder mit Migrationsvorgeschichte nicht und 31,5 % der Kinder ohne Migrationsvorgeschichte. Das Potential von Sport und körperlicher Bewegung für die gesellschaftliche Integration sollte intensiver genutzt werden. Ähnlich sehen die Vergleichswerte bei den Mitgliedschaften in Sportvereinen aus.

Zukünftig sollen noch Vergleichswerte zu Städten mit ähnlichen Strukturen in dem Bericht des Gesundheitsamtes ausgewiesen werden, so Herr Schulze Kalthoff. Handlungsempfehlungen aus diesen Erhebungen und Auswertungen sollten sich im politischen Raum entwickeln.

Herr Powroznik fragte nach den Gründen, warum Kinder aus Familien mit Migrationsvorgeschichte erheblich in der Impfvorsorge nachgeholt haben. Herr Schulze Kalthoff berichtete von verstärkt aufsuchenden Angeboten und gezielter Ansprache der Familien sowie einer besonders hohen Bereitschaft der Eltern diesen Angeboten nachzukommen, u. a. bedingt durch eigene Erkrankungserfahrungen (ohne bestehenden Impfschutz) in den Herkunftsländern.

Münsterspezifisch sei, so Herr Schulze Kalthoff, das ein kleiner Anteil an Familien ohne Migrationsvorgeschichte, bestimmte Impfungen gezielt ablehne.

Frau Seyfferth lobte den Bericht und die Differenzierungen zwischen Kindern mit und ohne Migrationsvorgeschichte. Der Faktor der Vereinszugehörigkeit verfälsche aus ihrer Sicht ggf. das Ergebnis, da regelmäßiger Sport nicht unmittelbar mit einer Vereinszugehörigkeit verbunden sei.

Den Bericht sieht sie als gute Grundlage Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Herr Eroglu fragte nach, was aus Sicht des Gesundheitsamtes getan werde um die Kinder, die

Förderbedarf im Vorschulalter haben, zu unterstützen. Herr Schulze Kalthoff berichtete von zahlreichen Angeboten des Gesundheitsamtes, wie u. a. aufsuchende Gesundheitshilfen in den Stadtteilen, Einsatz von Familienhebammen und der Einrichtung einer Frühförderstelle im Gesundheitsamt.

Punkt 2.3 der Tagesordnung V/0392/2012

Pflegebericht 2012

Herr Treutler berichtete, dass das Landespflegegesetz vorgebe, dass die Pflegeplanung durch die Kommunen in NRW wahrgenommen werden müsse.

Der im Vorfeld zugesandte Bericht bilde u. a. die Demografie, Infrastruktur und Zielgruppen mit den entsprechenden Datenlagen ab. Im Kap. 5 auf Seite 12 werden zu den pflegerischen Diensten noch nicht alle Merkmale differenziert nach Menschen mit und ohne Migrationsvorgeschichte erfasst.

Die Pflegeinfrastruktur ist in den Stadtteilen wohnortnah angesiedelt.

Datenauswertungen zur Thematik „ältere Menschen mit Migrationsvorgeschichte“ finden sich unter Ziffer 2 des Berichtes. Die Anzahl der Einwohner der Stadt Münster mit Migrationsvorgeschichte macht etwa 60.000 Personen aus. Das entspricht einem Anteil von etwa 21 % an der Gesamtbevölkerung. Davon sind ca. 12.000 im Alter zwischen 60 und 90 und mehr Jahren.

Herr Treutler fragte die Mitglieder des Integrationsrates, ob es seitens des Gremiums Handlungsaufträge gäbe, welche Daten ggf. im nächsten Bericht dargestellt werden sollten. Es gab keine Anregungen seitens der Mitglieder.

Der Bericht in dieser langen Fassung wird alle zwei Jahre an die Gremien gegeben. In den übrigen Jahren wird eine Kurzfassung veröffentlicht.

Der christlich-islamische Arbeitskreis hat ein Informationsblatt zum Umgang mit Muslimen in Klinik und Pflegebetrieb erstellt. Herr Eroglu gab ein Ansichtsexemplar in den Kreis der Anwesenden.

Herr Yavuz berichtete, dass es zweimal im AKI eine Infoveranstaltung unter der Leitung von Frau Schwering (Infobüro Pflege) gegeben habe. Die Veranstaltungen haben eine gute Resonanz erfahren, so Herr Yavuz. Herr Yavuz lobte die gute Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und dem Verein.

Der Anteil der stationär Pflegebedürftigen, so Herr Treutler beträgt insgesamt 24% (davon 3 % ohne deutschen Pass und 21 % Menschen mit Migrationsvorgeschichte).

Bei den ambulanten Pflegediensten haben die zu betreuenden Personen zu 20,2 % einen ausländischen Pass und von 600 Hilfen zur Pflege haben ein Viertel der Personen eine Migrationsvorgeschichte.

Herr Kehr fragte, inwieweit Elemente kultursensibler Pflege auf Seiten der Pflegedienste und Einrichtungen sowie im Ausbildungsbetrieb konkretisiert und in der Pflegepraxis angewendet werden. Herr Treutler verwies auf die Pflegekonferenz als Informationsquelle und stellte in Aussicht, über deren Mitglieder Hinweise abzufragen und in einer kleinen Kompaktnachricht aufzubereiten.

Die Ergebnisse stelle Herr Treutler den Mitgliedern des Integrationsrates nach den Sommerferien 2012 in Aussicht. Die Mitglieder waren mit dem Vorschlag einverstanden.

Punkt 2.4 der Tagesordnung V/0264/2012

Geschäftsbericht 2011 des Sozialamtes

Herr Treutler berichtete zu diesem Tagesordnungspunkt. Der Geschäftsbericht des Sozialamtes ist ein Standardbericht, der den Integrationsrat jährlich erreicht und das Berichtsraster daher bekannt sei. Ziel des Berichtes ist es umfassend zu informieren.

Herr Treutler stellte die wesentlichen Inhalte des Berichtes noch einmal kurz dar (siehe Bericht). Er wies u. a. darauf hin, dass die Zahl der Leistungsberechtigten „Grundsicherung im Alter und bei dauerhaft voller Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen nach Alter“ gestiegen sei. Eine Vorlage zur Thematik „Altersarmut“ wird das Gremium nach der Sommerpause erreichen. Auch die Zahl der Erwerbsgeminderten, die jünger sind als 65 Jahre, nimmt zu. Von den im Mai 2012 insgesamt ca. 2.700 anspruchsberechtigten Personen hatten 14 % einen ausländischen Pass, 25,6 % eine andere Migrationsvorgeschichte und ca. 60 % keine Migrationsvorgeschichte.

Selbstorganisationen von Menschen mit Migrationsvorgeschichte nehmen wichtige Aufgaben in der Integration von Zuwanderern wahr. Das Sozialamt fördert und betreut im Rahmen seiner Möglichkeiten Initiativen im Feld Migration/Integration in Münster. Im Jahr 2011 wurden 26 Angebote im Feld Migration/Integration gefördert.

Die Zahl der Asylerstanträge ist in Deutschland 2011 gegenüber 2010 wie im Vorjahr angestiegen. Insgesamt wurden in 2011 in Münster 211 Personen aufgenommen. 2009 waren es noch 135 Personen.

Herr Dr. Tsakalidis dankte dem Sozialamt bzw. den Erstellern des Berichtes, für die ausführlichen Informationen. Es sei bekannt, dass ein Teil der Menschen mit Migrationsvorgeschichte, die vor dem Rentenalter nicht mehr erwerbsfähig seien, vor Erreichen des Rentenalters in finanzielle Schwierigkeiten geraten würden.

Frau Seyfferth fragte nach, ob es eine gute Kooperation gäbe zwischen dem Jobcenter, Bereich 50 plus mit dem Sozialamt, seit Münster eine Optionskommune sei, um den angesprochenen Personenkreis besser unterstützen zu können.

Herr Treutler berichtete von unterschiedlichen Personenkreisen (nach SGB) des Jobcenters und des Sozialamtes, nach denen sich auch die Aufgabenwahrnehmung ausrichten würde. Dennoch gäbe es selbstverständlich auch Kooperation, beispielsweise in Bezug auf den Münsterpass und die Ausübung von Casemanagement. Dennoch, so Herr Treutler bezieht sich der Geschäftsbericht des Sozialamtes beispielsweise nicht auf die Thematik „Arbeitsmarkt“, was originäre Zuständigkeit des Jobcenters sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

Entscheidungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0422/2012

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. und der Ratsgruppe UWG/ÖDP an den Rat Nr. A-R/0051/2010
"Ort der Kulturen und Religionen der Welt"**

Herr Uetz berichtete zu dieser Vorlage. Die Vorüberlegungen zu dieser Vorlage waren seitens der Architekten bereits im Integrationsrat kommuniziert worden.

In dieser aktuellen Vorlage geht es ausschließlich um die Prüfung einer Machbarkeitsstudie.

Grundlage dieser Ratsvorlage, die am 27.06.2012 den Rat erreicht [hat] ist es zu klären, ob das Projekt „Ort der Religionen und Kulturen der Welt“ von den Initiatoren erfolgreich weitergeführt

und ohne städtische Mittel realisiert werden kann und vorbehaltlich der noch notwendigen weiteren planerischen, gestalterischen und rechtlichen Konkretisierung, seine grundsätzliche Bereitschaft einen Grundstücksteil der Parkanlage Kinderbachtal in Gievenbeck den Initiatoren zur kostenfreien Nutzung zu überlassen.

Die Gesamtkosten belaufen sich laut Schreiben vom 14.09.2011 des Büros Maas und Partner auf Gesamtinvestitionskosten in Höhe von 1,15 Mio. Euro und die Betreuungs-/Unterhaltungsaufwendungen werden auf ca. 500 Euro pro Monat geschätzt.

Herr Dr. Ibrahim teilte mit, dass ihm die Vorüberlegungen zu diesem Projekt nicht bekannt sind.

Herr Bruns berichtete, dass die Vorlage im Kulturausschuss abgeschmettert worden sei, er den Vorschlag aber als gelungen betrachtet und der Vorschlag der Verwaltung nicht zerredet werden solle. Auch das Angebot der Verwaltung, im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage Sponsoren zu akquirieren und einen Förderverein zu gründen, befürwortet er. In einzelnen Punkten sieht er noch Verbesserungsbedarf, hielt es jedoch für sinnvoll, der Vorlage zuzustimmen.

Frau Seyfferth teilte mit, dass sie die Vorlage sehr kritisch sieht und ablehnen werde. Sie hält den Ort für völlig ungeeignet, da er sich außerhalb der Stadt befindet, wo sich kaum Menschen aufhalten. Das Projekt selber kommt von Außen und werde nicht von den Nutzern getragen. Auch sähe sie früher oder später eine finanzielle Belastung auf die Stadt Münster zukommen. Darüber hinaus sieht sie die Chancen für die Realisierung der Projekte „Wald der Kulturen“ und „Haus der Kulturen“ durch die Finanzierung dieses Projektes verringert.

Herr Powrozniak wies darauf hin, dass das Projekt am 09.03.2011 [von den Architekten Prof. Pininiski und Prof. Korda] im Integrationsrat vorgestellt wurde. Er hält den Ort, der als Hunde- und Grillwiese genutzt wird, ebenfalls für nicht geeignet. Darüber hinaus habe das Projekt keine Identifikation mit Münster und den Münsteraner Gruppen.

Herr Dr. Tsakalidis berichtete, dass der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft beschlossen habe, diese Vorlage ohne Beschlussfassung an den Rat zu schieben. Dennoch wurde die Vorlage inhaltlich andiskutiert und im Gremium nicht befürwortet. Es müssten die verschiedenen Projekte auseinandergehalten werden. Es gäbe aus seiner Sicht weder Ressourcen noch Geld dieses Projekt und zusätzlich Projekte wie das Haus der Kulturen oder den Wald der Kulturen zu finanzieren. Er wünscht sich statt eines Kunstobjektes ein Haus der Kulturen für Begegnungen von Menschen mit Migrationsvorgeschichte.

Herr Kehr sagte, dass die GRÜNEN nicht auf der Liste der Antragsteller ständen. Das Projekt habe viel Form und wenig Inhalt, es koste viel und leiste wenig. Herr Kehr sieht Handlungsbedarf im interreligiösen Bereich.

Frau Wübken wohnt in der Nähe des Projektstandortes und hält den Platz für geeignet. Wie die Fraktion der LINKEN begrüßt ihre Fraktion das Projekt.

Herr von Olberg bekräftigte, dass es sich nur um eine Machbarkeitsstudie handele, die auf der Grundlage eines Prüfauftrages an die Verwaltung entstanden sei. Nun sei zu entscheiden, ob das Gremium dieses Projekt der Initiatoren befürworte oder es ablehne.

Herr Dr. Ibrahim vertrat die Ansicht, dass die Vereine froh seien, wenn sie auch außerhalb des Zentrums einen Ort fänden, an dem dieses Projekt möglichst kostenneutral verwirklicht werden sollte.

Herr Dr. Tsakalidis möchte ein klares Signal seitens des Integrationsrates geben, was der ehem. Ausländerbeirat bzw. der Integrationsrat will. Das Gremium wünscht sich nämlich ein

Haus der Kulturen in der Stadt und nicht ein Monument außerhalb der Stadt. Das sei eine große Diskrepanz zwischen dem was gewünscht ist, und was verwirklicht werden soll.

Herr Eroglu sprach sich ebenfalls gegen die Örtlichkeit außerhalb der Stadt aus. Die Menschen verschiedener Kulturen und Religionen wurden nicht beteiligt und früher oder später entstanden doch Kosten für die Stadt Münster.

Herr Kattentiedt möchte die interkulturelle Szene mehr in die Stadt holen und Ressourcen in ein Haus der Kulturen fließen lassen, welches in Zusammenarbeit mit den Vereinen entwickelt werden sollte.

Frau Nguyen fand, dass das alte Projekt nichts mit dem neuen Projekt zu tun habe und wies darauf hin, dass es nicht genügend Räumlichkeiten für die Vereine gäbe.

Herr Bruns möchte die Projekte inhaltlich und argumentativ trennen.

Herr Marinos wies besonders auf einen fairen, moralischen Umgang miteinander hin. Das Gremium wisse mehr über die Sache. Die Professoren kamen in den Integrationsrat und haben das Projekt vorgestellt. Danach haben sie die Projektplanung alleine weiter fortgeführt ohne das Gremium einzubinden, obwohl damals auf die weitere Zusammenarbeit und einen weiteren Austausch klar hingewiesen worden ist. Eines der damaligen Projekte des Ausländerbeirates zu diesem Zweck wurde von dem Künstler IGADiM (Meisterschüler von Joseph Beuys) entwickelt. Dies wies teilweise monumentalen Charakter auf, doch war das Projekt mit einer paradigmatischen Mehrzweckfunktionalität, was Kulturen und Religionen anbetrifft, ausgestattet. Die Vorstellung dieses Projektes mit Lichtprojektionen geschah in der Dominikanerkirche, wobei sogar einer der beiden Professoren selbst die Laudatio hielt. Dies geschah im Jahre 2004, ein Stein aus Beton steht heute noch vor dem Büro des Integrationsrates, signiert und eingeweiht von dem damaligen Obm Dr. Tillmann. Es wurden über 70 Betonbausteine aus der ganzen Welt u. a. auch aus Peru gespendet, um die Internationalität bzw. das ökumenische der Kulturen und Religionen zu untermauern. Das Projekt wurde bei einer internationalen Konferenz für Architektur in Lissabon vorgestellt, wobei Prof. Bussmann aus dem hiesigen Landesmuseum auch anwesend war. Dies Projekt sollte ursprünglich auf der Insel Andros in der Ägäis errichtet werden. Dennoch ist dies an den Finanzen gescheitert. Es wird versucht, die Umsetzung des Projektes irgendwo in Deutschland zu verwirklichen.

Herr Uetz bestätigte, dass das Haus der Kulturen an der Frage der Finanzierung gescheitert sei.

Das Grundstück für das aktuelle Projekt war verfügbar. Das Projekt ist inhaltlich anders ausgerichtet als die Standort- und Umsetzungsfrage zum Haus der Kulturen. Es gehe in diesem Projekt um eine kulturelle Landmarke.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat nimmt den Zwischenbericht zum Projektstand des Projektes „Ort der Kulturen und Religionen der Welt“ zur Kenntnis.
2. Der Rat erklärt unter der Maßgabe, dass das Projekt „Ort der Religionen und Kulturen der Welt“ von den Initiatoren erfolgreich weitergeführt und ohne städtische Mittel realisiert werden kann und vorbehaltlich der noch notwendigen weiteren planerischen, gestalterischen und rechtlichen Konkretisierung, seine grundsätzliche Bereitschaft einen Grundstücksteil der Parkanlage Kinderbachtal in Gievenbeck (s. Planausschnitt in der **Anlage 1**) den Initiatoren zur kostenfreien Nutzung zu überlassen.

- 2.1 Diese Zusage ist auf 3 Jahre, also bis Mitte 2015, befristet.
- 2.2 Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Mittel für die Realisierung des nördlichen Bereiches der Parkanlage Kinderbachtal in den Etatberatungen 2010 und 2011 in spätere Jahre geschoben worden ist. Sollte das Projekt des Ortes der Kulturen und Religionen durch die Initiatoren – nach den Maßgaben dieser Vorlage - umgesetzt werden können, ist eine Realisierung der bisherigen Planungen nicht bzw. nur eingeschränkt möglich, falls die Mittel in späteren Jahren – nach 2015 – durch Ratsbeschluss bereitgestellt werden sollten.
3. Diese grundsätzliche Zustimmung steht unter der Maßgabe, dass eine inhaltlich und gestalterisch tragfähiger und von den Vertreterinnen und Vertretern der unterschiedlichen Kulturen und Religionsgemeinschaften grundsätzlich akzeptierter Entwurf für den geplanten „Ort der Religionen und Kulturen“ durch die Initiatoren entwickelt und abgestimmt wird.
4. Die Verwaltung wird beauftragt:
- 4.1 Die Voraussetzungen für eine kostenfreie Überlassung des Grundstücksteils nach den unter Beschlussziffer 2 und 3 genannten Maßgaben aufzubereiten und gemäß dem weiteren Fortgang der Projektkonkretisierung und Projektumsetzung den zuständigen Gremien ggf. weitergehende Vorschläge zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
- 4.2 Die Initiatoren bei der weiteren Realisierung des Projektes, insbesondere der Prüfung und Umsetzung der Gründung einer unselbständigen Stiftung oder einer anderen tragfähigen Projektstruktur, zu unterstützen.

Kosten-/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch den o.g. Beschlussvorschlag keine Kosten und keine Folgekosten entstehen, da eine mögliche Projektrealisierung ausschließlich über Drittmittel finanziert werden soll. Eine Bereitstellung städtischer Mittel ist nicht vorgesehen.

Entscheidung zu dieser Vorlage:

Mit Beschluss im Gremium, wurde diese Vorlage mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 3.2 der Tagesordnung V/0511/2012

Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Folgende Zuschüsse werden gewährt:

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung:
31..	Institut für Nordische Philologie/Skandinavistik erneut aufgenommene ehemals Antrag Nr.	Island – Ort des fremden Zaubers und des Altvertrauten	150,00	beantragt: 400,00 €

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung:
	24/2012			
32.	Muslimische Studierenden-gemeinde Münster	Fußballturnier am 24.06.2012	150,00	
33.	Upla e. V.	1. Spanischsprachige Kinderfestival 2012	150,00	beantragt: 180,00€

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 450 € entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations-und Integrationsmanagement	2012	450	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:					

Es wurden innerhalb der Sitzung noch zwei weitere Zuschussanträge aufgenommen.

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung:
34.	Tamilischer Kultur und Sportverein	Tamilisches Familientreffen und Sportfest	300	1.300 Euro an ungedeckten Kosten
35.	Elterninitiative der Matthias-Claudius Schule	Integrationsprojekt „Alle unter einem Dach“	200	

Somit sind Gesamtkosten in Höhe von 950 Euro entstanden.

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations-und Integrationsmanagement	2012	950	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:					

Die Vorlage wurde mit den zwei Ergänzungsbeiträgen, im Integrationsrat einstimmig beschlossen.

Punkt 3.3 der Tagesordnung

Vorschlag des Integrationsrates zur dezentralen Kursstruktur der VHS (Antrag von H. Kehr aus der Sitzung am 30.05.)

Herr Kehr wünschte sich einen Bericht der VHS zur dezentralen Kursstruktur. Er bittet hierfür einen Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter in eine der nächsten Sitzungen.

Punkt 3.4 der Tagesordnung V/0519/2012

Benennung von Mitgliedern für den Beirat der Justizvollzugsanstalt

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Zur Berufung in den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt werden benannt:

1. Herr Ahmet Özdemir als Vertreter des Integrationsrates

Dieser Vorschlag wurde im Integrationsrat einstimmig beschlossen.

Punkt 3.5 der Tagesordnung

Besetzung weiterer Ausschüsse

Herr Marinos wies darauf hin, dass es noch zwei Positionen in den Ausschüssen zu besetzen gäbe, eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter für die Vertretung im Amt für Schule und Weiterbildung und für den Ausschuss für Kinder, Jugendlichen und Familien. Bisher habe er keine Interessenten für diese Funktionen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Berichte aus den Ausschüssen

Herr Eroglu hat am Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung teilgenommen. Die Niederschriften der Sitzungen sind im Internet einsehbar.

Herr Dr. Tsakalidis hat sich im Ausschuss für Stadtplanung, Verkehr und Wirtschaft für den Erhalt des Bunkers Nähe der Hammerstraße ausgesprochen. Er möchte dieses Denkmal, das der Bundesimmobilienverwaltung in Berlin gehört, erhalten. Der Bunker könne gut weiterhin von Musikgruppen und auch für interkulturelle Veranstaltungen genutzt werden.

Herr von Olberg berichtete von einer Anregung in der BV Mitte einen neuen Standort für die bisherige Gedenktafel am Schützenhofbunker zu suchen.

Das Kulturamt hilft den Musikgruppen, die bisher den Bunker als Probenräume genutzt haben, bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten.

Herr Manrique berichtete, dass im Kulturausschuss die Vorlage zur Anregung „Ort der Kulturen und Religionen der Welt“, mehrheitlich abgelehnt worden sei. Er war darüber hinaus als Vertreter von Herrn Machado im Sportausschuss. Ein wichtiges Thema war das absolvieren von

Sportabzeichen im Erwachsenenalter. Für Herrn Manrique waren viele Informationen zum Sportabzeichen neu und er wünscht sich eine bessere Informationspolitik für Erwachsene mit Migrationsvorgeschichte.

Herr Marinos sieht auch die Kehrseite des Sports in der Weise, dass dort größere rassistische Ansätze ausgelebt werden.

Frau Seyfferth berichtete, dass es im Sportausschuss ein Positionspapier zur Benennung des Schlossplatzes gegeben habe.

Herr Dr. Ibrahim berichtete, dass er einen Fragenkatalog an Herrn Marinos und in Kopie an die Geschäftsstelle geschickt habe, auf dessen Grundlage Herr Schlumm, in das Gremium Integrationsrat kommen solle, um die Fragen zu beantworten. Herr Marinos entgegnete, dass er dieses Papier am Nachmittag dieses Sitzungstages erst erhalten habe und dass dies zeitlich eine Anwesenheit und qualifizierte Aussagen von Herrn Schlumm nicht ermögliche.

Herr Kattentiedt ergänzte, dass die Resolution am 13.06.2012 von den GRÜNEN in den Sportausschuss eingebracht wurde.

Die Resolution lautet: „Münsters Sportausschuss begrüßt den Sportstandort "Schlossplatz".

Herr Marinos schlug vor, für den Integrationsrat auch eine Position für den Erhalt des „Schlossplatzes“ zu beziehen. Dies wäre aus verschiedenen Gründen seitens des Integrationsrates wichtig und erforderlich und das Vorgehen des Integrationsrates sollte vorab in einer Montagsitzung besprochen werden.

Herr Cetinkaya findet es wichtig in dieser Thematik Flagge zu zeigen und tätig zu werden.

Herr Tsakalidis möchte Signale in der Sache setzen und montags in den internen Dialog des Integrationsrates einsteigen. Wichtig sei es, als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt seine Meinung kundzutun.

Seitens des Gremiums gab es keine Gegenstimmen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Marinos begrüßte den Austausch zwischen den Ratsmitgliedern und den Vertreterinnen und Vertretern der Migranten zu Themen wie beispielsweise dieser Vorlage zum „Ort der Kulturen und Religionen der Welt“ und den Transfer in die Fraktionen.

Die Ratsmitglieder baten um frühzeitige Mitteilung von Terminen des Integrationsrates. Problematisch sind die Überschneidungen an den Montagen mit den Fraktionssitzungen, die eine Teilnahme der Ratsmitglieder selten ermöglichen.

Herr Marinos sicherte zu, die Termine langfristiger anzulegen, um beispielsweise auch den Austausch in der anliegenden Sommerpause zu ermöglichen, in einer Zeit in der die Fraktionen nicht tagen.

gez.
Spyridon-Paul Marinos
Vorsitz

gez.
Susanne Jostameling
Schriftführung